

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,  
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 14.02.2013**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 16:30 Uhr bis 19.00 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend sind:**

Frau Ute Haupt	DIE LINKE – Ausschussvorsitzende
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE
Herr Roland Hildebrandt	CDU
Herr Raik Müller	CDU
Herr Andreas Schachtschneider	CDU
Herr Robert Bonan	SPD
Frau Hanna Haupt	SPD
Frau Sabine Wolff	MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Vertreter für Frau Krausbeck
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP
Herr Manfred Czock	SKE
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE
Frau Brigitte Thieme	SKE
Frau Annette Wunderlich	SKE
Frau Dr. Jeannette Drygalla	SKE
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat
Frau Martina Grummisch	Bereichsleiterin Jobcenter Halle
Frau Lydia Rost	Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt Jobcenter Halle
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter
Frau Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Dr. Toralf Fischer	Behindertenbeauftragter
Frau Kerstin Riethmüller	Seniorenbeauftragte
Herr Jörg Baus	Fachbereichsleiter FB Soziales
Frau Annerose Winter	Abteilungsleiterin FB Soziales
Frau Dr. Christine Gröger	Fachbereichsleiterin FB Gesundheit
Frau Dr. Uta Schwarzer	Abteilungsleiterin FB Gesundheit
Frau Andrea Simon	Führungsunterstützer SGB II Geschäftsbereich IV
Herr Uwe Wätzel	Controller Geschäftsbereich IV
Herr Goswin van Rissenbeck	Betriebsleiter Eigenbetrieb für Arbeit
Herr Andreas Fritsch	Teamleiter Familienintegrationscoach Eigenbetrieb für Arbeit
Frau Martina Götschel	Organisatorin GB IV FB Verwaltungsmanagement

### **Entschuldigt fehlen:**

Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität, vertr.durch Herrn Wöllenweber
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vertr. durch Herrn Weihrich
Frau Ute Borchert	SKE
Herr Christian Weinert	SKE
Herr Mamad Mohamad	SKE
Herr Sven Weise	LIGA
Frau Sylvia Tempel	Geschäftsführerin Jobcenter Halle
Frau Petra Schneutzer	Beauftragte für Integration und Migration
Frau Sylke Bühler	Projektmanagerin FB Gesundheit
Herr Andreas Wilhelm	Leiter DLZ Familie

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit fest.

**zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bat zur Kenntnis zu nehmen, dass die Niederschrift nachgereicht wurde, aber beschlossen werden könne. Ebenso wurden von der Verwaltung Antworten zur Beschlusskontrolle vorgelegt zu zwei Anfragen von Frau Krausbeck sowie von Herrn Czock vom Jobcenter sowie zu den Defibrillatoren.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bat folgende TOP vorzuziehen:

TOP 6	Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle	auf TOP 4
TOP 7	Bericht Bildung und Teilhabe	auf TOP 5

**Beschluss: einstimmig zugestimmt.**

Somit wurde die so geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 17.1.2013
4. Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle
5. Bericht Bildung und Teilhabe
6. Beschlussvorlagen
  - 6.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011 - 2. Lesung  
Vorlage: V/2012/11037
    - 6.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11037)  
Vorlage: V/2013/11487
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 7.1. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines Konzeptes zu den Kosten der Unterkunft  
Vorlage: V/2012/11276
    - 7.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines Konzeptes zu den Kosten der Unterkunft (Vorlagen-Nr.: V/2012/11276)  
Vorlage: V/2012/11311

8. Vorstellung der Arbeit EfA, aktuell laufende Maßnahmen und Projekte sowie Information zum ESF-Projekt "Familien stärken - Perspektiven eröffnen" durch Fachbereich Bildung und EfA
9. Tätigkeitsbericht des Seniorenrates 2012 Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen
10. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
11. Mitteilungen
- 11.1. Themenspeicher
12. Beantwortung von mündlichen Anfragen
13. Anregungen

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 17.1.2013**

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift vom 8.11.2012.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bat um Abstimmung zur Niederschrift.

**Beschluss:** einstimmig zugestimmt

### **zu 4 Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle**

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, begrüßte **Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter Halle**, sowie **Frau Rost, Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt (BCA) Jobcenter Halle**. Sie begrüßte ebenso **Herrn Neumann** als zuständigen **Beigeordneten für Wirtschaft und Wissenschaft**, welcher heute an der Sitzung teilnimmt und für Fragen zur Verfügung steht.

**Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter Halle**, erläuterte den aktuellen Kreisreport, Berichtsmonat Januar 2013, der den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt wurde.

Anschließend informierte sie über die Entwicklung in Bildung und Teilhabe, Rechtskreis SGB II. Diese Statistik wurde ebenfalls schriftlich an die Ausschussmitglieder zur Kenntnis gegeben.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, informierte an dieser Stelle davon, dass die Sitzung wieder aufgezeichnet wird und fragte, ob etwas dagegen sprechen würde. Da die Niederschrift vom Januar sehr gut war, hätte sich dies ja bewährt. Es sprach sich niemand dagegen aus.

### **zu 5 Bericht Bildung und Teilhabe**

**Frau Simon, Führungsunterstützter SGB II Geschäftsbereich IV**, wies darauf hin, dass die von **Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter Halle**, vorgetragene Zahlen kumulativ sind. Anschließend erläuterte sie die Zahlen zu Bildung und Teilhabe aus Sicht der Stadtverwaltung für den SGB-II-Bereich nach Jahresscheiben. Hier ist die Entwicklung zum Vorjahr erkennbar. 2012 wird haushalterisch zurzeit aufgearbeitet. Es liegen die ersten

Zahlen vor. 2012 wurde 20.528 Anträgen abgeschlossen. Sie verwies auf die ausgeteilte Statistik, dort ist die entsprechende Abrechnung nach Rechtskreisen ersichtlich mit dem höchsten Anteil im SGB-II-Bereich, da hier die Zahl der Antragsberechtigten am höchsten ist. Es ist festzustellen, dass auch die Eltern im KIZ-Bereich regen Gebrauch vom Bildungs- und Teilhabepaket machen. Grundsätzlich kann eingeschätzt werden, dass die Inanspruchnahme 2012 positiv zu bewerten ist. Im Bereich SGB II mit rund 10.000 Antragsberechtigten liegt dies bei 85 % mit mindestens einem Antrag. Zur Inanspruchnahme gibt es natürlich auch eine Ausgabensteigerung. Das Gesetz kam zum 1.4. rückwirkend, 2012 war ein Trainingsjahr.

Im Bereich der Schulsozialarbeit ist eine Mehrausgabe von 1,3 Mio Euro in 2012 zu verzeichnen, hier ist wesentlich mehr in 2012 als 2011. Der Stadtratsbeschluss kam im März 2011. Bei den Angeboten hinsichtlich der Inanspruchnahme, hat sich 2012 zu 2011 nichts geändert. Das Mittagessen wird immer noch am meisten genutzt. Zielrichtung für das Jahr 2013 ist eine gemeinsame Koordination und Entwicklung von Initiativen zusammen mit dem Landesschulamt, besonders mit Schwerpunkt Lernförderung. Die Grundlage für die Arbeit in allen Rechtskreisen ist die Arbeitshilfe Bildung und Teilhabe und zum 5. Mal überarbeitet worden.

Änderungen haben sich besonders ergeben im Bereich der Fahrten in Verantwortung der Schulen. Nicht nur Klassenfahrten, sondern alles was Bestandteil des pädagogischen Konzeptes der Schulen ist, kann gefördert werden.

Es hat sich auch geändert im Rahmen der angemessenen Lernförderung, dass in Sachsen-Anhalt diese auch für Schüler der Abschlussklassen zum bestmöglichen Zugang in Ausbildung möglich ist. Es ist im Einzelfall auch länger als sechs Monate eine Lernförderung möglich, auch bei Schulwechsel, z. B. von Sekundarschule zu Gymnasium. Es gibt hier schwierige Prüfverfahren zur Prüfung des Einzelfalls.

Neu gestartet wurde eine Anfrage zur Sprachförderung bei ausländischen Mitbürgern an das zuständige Landesministerium. Dies ist vom Gesetz gar nicht erfasst.

Die städtische Arbeitsgemeinschaft BuT wird 2013 weiter fortbestehen und sich quartalsweise treffen, Zusammenarbeit hat sich bewährt auch 2012.

Zur Problematik nicht verbrauchter Mittel aus 2012 ist erst nach Rechnungsabschluss ins Gespräch zu kommen. Der Deutsche Städtetag hat informiert, dass der Bund erst Ende März entscheiden wird, ob die Mittel zu verrechnen sind oder nicht verbrauchte Mittel bei den Kommunen bleiben. Es wird dann entschieden, ob es länderspezifische Quoten geben soll. Über alle Änderungen und Entwicklungen wird informiert werden.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, ließ nun Fragen zu.

**Herr Dr. Yousif, Fraktion DIE LINKE.**, fragte zu arbeitslosen ausländischen Mitbürgern, hier ist im Januar zum Dezember eine Erhöhung zu verzeichnen, von Januar 2012 zu Januar 2013 ist auch eine Erhöhung. Es erhalten nur 7 % der Ausländer Arbeit, warum wird hier nicht mehr in Arbeit vermittelt. **Frau Rost, BCA Jobcenter Halle**, sagte, dass durch ständige Zu- und Abgänge nicht die absoluten Zahlen gesehen werden können. Es wird in Gesprächen eruiert, ob Interesse besteht, eine Arbeit aufzunehmen. Die Resonanz war gut. Auch den Arbeitgebern wird die Problematik näher gebracht. Sie nannte als Probleme die Anerkennung der Berufsabschlüsse und fehlende Sprachkenntnisse als Handicap.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, sagte, Lernförderung sei im genannten Klientelbereich kaum vorhanden. Ist es angedacht, hier mehr öffentlichkeitswirksame Werbung für diese Leistung zu machen, auch die Schulen mit einzubeziehen, um auch

bessere Schulabschlüsse zu erhalten? **Frau Simon, Führungsunterstützter SGB II Geschäftsbereich IV**, informierte, dass es dieses Jahr eine Initiative in breiter Fläche geben wird. Die Schulsozialarbeiter werden mit eingebunden. Hier wird sich nicht auf die Mitteldeutsche Zeitung verlassen, sondern eine direkte Ansprache der Eltern geführt. Dieses Feld ist für Kinder nicht so interessant. Kinder spielen lieber Fußball. Sie bleiben oft fern. Hier muss es eine bessere Organisation geben. Den Eltern muss gemeinsam mit den Schulen klar gemacht werden, dass die Kinder hier gut untergebracht werden können.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, fragte, ob auch die Berufsschulen einbezogen werden. **Frau Simon, Führungsunterstützter SGB II Geschäftsbereich IV**, bejahte diese Frage, die Bildung im Teilhabepaket gehe bis zum 25. Lebensjahr, der Teilhabebereich bis zum 18. Lebensjahr.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, bezog sich auf einen Artikel der MZ. Halle sei Schlusslicht, was Schulabschlüsse angeht. Es sei auch schwierig für die Eltern, die Anträge auszufüllen. Es geht nicht nur um die Lernförderung, auch um Anträge für Musikschulen usw. Die Eltern müssen auch in die Pflicht genommen werden. Sie fragte nach der Höhe der nicht ausgereichten Mittel, was wird mit den Geldern, die bei der Kommune verbleiben?

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, sagte, dass er vom Bund noch nicht gehört hat, dass das Geld bei der Kommune gelassen werden soll. Dies war nur 2011 so. Die Länder erfassen zurzeit die Größenordnung und die Länder wollen darüber diskutieren. Wenn Geld kommt, ist es nicht verrechnungsfrei. Etwa 4 Mio € Rücklagen wurden gebildet. **Frau Simon, Führungsunterstützter SGB II Geschäftsbereich IV**, ergänzte, dass das vorläufige Ist im SGB-II-Bereich gerundet 1,4 Mio € beträgt, die nicht verbraucht sind, im Bereich Wohngeld/KIZ 200.000 €, im Asylbewerberleistungsgesetz und SGB-XII-Bereich sei es eine andere Art der Finanzierung, für Schulsozialarbeit und Mittagessen an Horten sind es 2,4 Mio €. Wir sind verpflichtet, ein Rückstellungskonto zu bilden. Dies ist geschehen. Hier wird es eine Verrechnung pro Monat für KdU und BuT geben. Diese Gelder dürfen jetzt nicht angefasst werden. Innerhalb der Stadtverwaltung muss beraten werden, was damit passiert, wenn es bei der Kommune bleibt. Es gibt schon gewisse Vorstellungen. Die Gelder sollen für bestimmte soziale Dinge ausgegeben werden. Darüber wird so wie sich hier etwas tut, auch informiert werden. Bei der Lernförderung sind bestimmte Dinge prozesshaft und dauern ihre Zeit, bis sie zum Tragen kommen.

**Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion**, fragte nach den Zielgruppen 50 und 55 +, ob es außer den Jahresringen noch andere Projekte gibt, sowie 25 – 40, nach Bundesauskunft gibt es hier Mittel für nachzuholende Facharbeiterabschlüsse. Sind diese auch für den SGB-II-Bereich, oder nur SGB III gedacht? **Frau Rost, BCA Jobcenter Halle**, informierte, dass es zu den 25 – 35jährigen eine neue Richtlinie gäbe, hier sind ca. 2.000 Leistungsempfänger betroffen. Hier werden Gespräche geführt, um festzustellen, ob hier ein Berufsabschluss vorhanden ist bzw. dieser nachzuholen ist und um sicherzustellen, ob dies die Leistungsempfänger auch freiwillig wollen und auch können. Für 55 + sind Eingliederungszuschüsse möglich, auch Ältere werden bei den Maßnahmen berücksichtigt.

**Frau Dr. Drygalla, sachkundige Einwohnerin Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte nach der geplanten Evaluation für das I. Quartal 2013, wer macht das und welche Indikatoren gibt es? **Frau Simon, Führungsunterstützter SGB II Geschäftsbereich IV**, informierte, dass die Evaluation über das BMAS stattfindet, hier erfolgt eine sehr umfangreiche Statistik. Indikatoren sind nicht bekannt. Es wird nach besonderen Problemlagen gefragt, die Ausgaben und die Inanspruchnahme der Mittel, welche Hürden werden gesehen bei der Umsetzung aus Sicht der Verwaltung und aus Sicht der Eltern und der Sicht der Anbieter, wo wird die Vereinfachung im Verwaltungsaufwand gesehen. Anbieter erhalten z. B. keine

Verwaltungsgebühren. Ob die Evaluation wirklich im I. Quartal kommt, kann nicht versprochen werden.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, dankt Frau Simon und den Vertreterinnen des Jobcenters für ihre Ausführungen.

**zu 6            Beschlussvorlagen**  
**zu 6.1        Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie**  
**Beteiligungsbericht über das Jahr 2011 - 2. Lesung**  
**Vorlage: V/2012/11037**

**Herr Müller, CDU-Fraktion**, bat im nicht öffentlichen Teil der Sitzung um ein Wortprotokoll zum Tagesordnungspunkt Haushalt, da die Sitzung aufgezeichnet wurde.

### **Wortprotokoll:**

*(Anmerkung: Drei Auslassungspunkte = Tonaufnahme durch Nebengeräusche unverständlich)*

#### **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Wir kommen dann nach der Tagesordnung, der beschlossenen, zu den Beschlussvorlagen und dazu sind wir heute aufgefordert, in der 2. Lesung die Haushaltssatzung und die Haushaltsplanung zu beraten und zu beschließen. Gestatten Sie mir noch zwei Bemerkungen. Die erste Bemerkung: Ich würde Ihnen vorschlagen, dass wir in der Reihenfolge wie auch in der letzten Sitzung vorgehen, nämlich erst den Bereich Gleichstellung, Frau Wildner praktisch anfangen lassen. Dann den Sozialbereich, dann den Gesundheitsbereich. Ich wollte erst mal dazu sagen, dass wir bitte vor allem im Sozialbereich beachten, es gab eine ganze Menge Austauschblätter, Sie sind bestimmt alle fleißig gewesen und haben sie nicht nur gelesen, sondern auch eingeordnet. Wenn nicht, würden wir einfach noch mal eine Bemerkung immer dazu sagen, verweise besonders auf ein Blatt, das machen wir dann noch mal, wo noch mal die neue Aufstellung war und möchte noch zur Kenntnis geben, dass, wer das mitbekommen hat, im Finanzausschuss vergangenen Dienstag es ja ein bisschen hoch und runter ging, was den Stellenplan angeht. Und damit wir aber Licht in das Dunkel kriegen, freue ich mich, dass Frau Götschel heute da ist vom Personalamt, die begrüße ich ganz herzlich und sie wird uns dann bestimmt helfen, auch hier unsere Fragen zu beantworten. So, ich hoffe, meine Bemerkungen habe ich jetzt alle abgearbeitet. Frau Wolff hat sich als erste gemeldet.“

#### **Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM:**

„Einfach nur allgemeine Fragen, und zwar ist das ja schon extrem, die vielen Nachträge, die jetzt gekommen sind und man fragt sich dann einfach, warum mache ich eine erste Lesung, wenn sich jetzt so viel im Haushalt ändert. Das macht natürlich die Haushaltsberatung nicht gerade einfach. Ich hatte auch eine Frage zur ersten Lesung gestellt, ob im Februar die Änderungen im Stellenplan genau vorliegen und verwies auf Umsetzungen von Amtsleitern in diesen Fachbereich, und Sie, Herr Kogge, ich habe es hier sogar extra raus, haben zugesagt, dass Sie das vorlegen und uns, also mir jedenfalls, liegt nichts vor.“

#### **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales:**

„Kein Problem, wir haben Frau Götschel dabei, sie kann nachher dazu antworten. Punkt 1. 2. nicht Nachträge, ich glaube es waren nur Änderungen, und diese Änderungen sind jedes Jahr leider der Fall. Sie wissen, wann wir den Haushaltsplan aufstellen, das heißt etwa vor einem dreiviertel Jahr. Da sind aufgrund der Zeitschiene Änderungen automatisch vorhanden. Eine ganze Reihe Änderungen werden sicher noch kommen, wenn der

Haushaltsplan der Organisationsveränderung auch angepasst wird, das sollte ja noch passieren. Dann wird es sicher recht schwierig, aber ich gebe zu, einfach ist es für Sie nicht.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Wobei diese Blätter beim letzten Mal ja auch schon ausgegeben wurden. Das will ich mal sagen. Also wir hatten ja auch Zeit. Aber letztlich sind sie haushaltsneutral, aber dazu will ich nicht vorgreifen, das haben wir ja auch beim letzten Mal alles beredet, das machen wir dann. Gab es noch Anfragen genereller Natur. Habe ich das so richtig verstanden, oder? Ich wusste nicht wer zuerst war, Sie beide:“

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion:**

„Ich habe nur eine ganz kurze Frage nur. Stellenplan, welcher Stellenplan ist der, über den wir heute reden oder reden wir gar nicht. Der, der im Stadtrat ausgegeben war, oder der ursprünglich dazu.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Also meine Auffassung war die, im Finanzausschuss wurde gesagt – ich musste nämlich vertreten, deshalb war ich ja selber ein bisschen durcheinander – dass der alte gilt. Der neue ist ja erst nachgereicht und hat mit dieser Struktur nichts zu tun. Aber, vielleicht können Sie uns gleich mal helfen, bitte.“

**Frau Götschel, Organisatorin GB IV im Fachbereich Verwaltungsmanagement:**

„Ja, also im Finanzausschuss.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Können Sie ein bisschen rankommen, ist da Platz noch frei, das macht sich besser.“

**Frau Götschel, Organisatorin GB IV im Fachbereich Verwaltungsmanagement:**

„Es sind ja zwei Stellenpläne ausgegeben worden, einmal der alte Stellenplan, der auch am Haushaltsentwurf vom Dezember enthalten ist. Der wäre auch heute nur zur Diskussion. Der andere, der jetzt im Januar nachgereicht wurde vom 30.1. Stand, der ist im Prinzip eine Information für Sie. Da sind schon einige Veränderungen enthalten, aber der gesamte Haushalt ist ja noch auf dem alten Stand aufgebaut. Also, das passt nicht zusammen und deswegen haben wir gesagt, wir wollen erst den Haushalt umstellen und dann gehört natürlich auch das in den Nachtragshaushalt. Und der Nachtrag soll, so ist jetzt die Information, Juni/Juli soweit sein.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Gut. Dazu, wenn auch schwierig, erst mal zur Kenntnis nehmen. Sie hatten noch eine?“

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion:**

„Ja. Ich habe nur eine Bemerkung, die kann ruhig aufgeschrieben werden. Also dann verstehe ich die ganze Vorgehensweise nicht. Dann krieg ich einen Stellenplan ausgeteilt, an dem ich mich wieder versuche mich zu orientieren und dann wird mir irgendwann mal gestern im Finanzausschuss gesagt, nein der ist es dann doch nicht, dann hätte man ihn mir doch gar nicht geben sollen oder man hätte mal wissen – oder dass man sich Gedanken macht, über das, was man vorhat. Also ich hätte auch mit dem Sommer leben können, aber ich weiß es jetzt – danke.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Nehmen wir zur Kenntnis, weil es jetzt nicht direkt den Ausschuss betrifft und wir den Stellenplan nicht explizit beschließen als Bestandteil, insoweit gebe ich Ihnen Recht.“

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion:**

„Ja also, diesen Ausschuss betrifft es dann doch schon etwas.“



**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Ja, besonders, aber wir haben ihn hier nicht ausgegeben, es ist eine generelle Sache, das meine ich. Eines habe ich ja versucht zu sagen, dass ich selber im Finanzausschuss auch ein bisschen irritiert war. Herr – ja dann waren Sie“

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

„Darf ich vielleicht noch ganz kurz die Frage stellen. Wir sind ja im Finanzausschuss etwas anders verblieben. Es ging im Grunde genommen noch viel weiter. Also die Frage, die in dem Raum steht immer noch, ist ja die, ob der Haushalt insgesamt beratungsfähig ist. Das war ja letztendlich die Frage, so ist der Finanzausschuss auseinandergegangen und die Gründe sind die des Stellenplanes. Aber es geht ja auch darüber hinaus, weil ja auch die sonstigen Budgets in den einzelnen Punkten eben auf die neue Struktur nicht abgestimmt sind und insofern war eben die Frage, ob der Haushalt, der uns vorgelegt wurde, überhaupt beraten werden kann oder ob wir jetzt auf diesen Nachtragshaushalt warten und erst den beraten. Das ist ja die Frage, die ich vorab stellen wollte an die Verwaltung. Ob wir da ein Stück weitergekommen sind, ob es in der Verwaltung diskutiert wurde und wie die Haltung der Verwaltung dazu ist.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Sie noch, und dann haben wir alles abgearbeitet.“

**Herr Müller, CDU-Fraktion:**

„Es bezieht sich schon darauf. Es ist im Prinzip in die gleiche Stoßrichtung, wie Herr Wehrich das sagt. Irgendwo ein Stück weit und ich denke das ist so, geht so allen Finanzausschussmitgliedern, vielleicht sogar allen Stadträten es für sinnlos erachten, einen Plan zu beraten, nach dem nie verfahren werden soll. Das muss man sich ja mal vorstellen. Wir vergeuden hier im Prinzip unsere Zeit mit etwas, wonach, wo jetzt schon feststeht, es wird nicht danach gearbeitet und es soll auch nie danach gearbeitet werden, muss man sich mal echt fragen, was wir hier machen und wir miteinander umgehen auch. Da würde ich jetzt einfach von der Verwaltung mal wissen, wie ist denn da wirklich jetzt der Stand. Ist das wirklich der Plan, nach dem Sie vorgehen möchten, oder, also ich sehe das nicht so, also es war so ganz offen gesagt auch von der Verwaltung im Finanzausschuss. Anders kann ich zumindest die ganze Sache nicht verstehen. Wie ist denn Ihre Haltung dazu, insbesondere wie sozusagen na ja sagen wir mal wie ernst gemeint dieser neue oder dieser alte Stellenplan, muss man ja jetzt sagen, dieser eingereichte Stellenplan denn zu verstehen ist.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Ja allgemein haben wir jetzt erst mal gesammelt und dann würde ich Sie jetzt erst mal bitten.“

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales:**

„Also jetzt muss ich erst mal ganz kurz zurück fragen. Ich bin jetzt etwas überrascht. Also die Diskussion war folgendermaßen. Wir kriegen einen neuen Stellenplan. Diese Organisationsveränderung sollte dann ausgetauscht werden und das war die Vorgabe, deswegen sind wir in alle Ausschüsse gegangen. Diese Diskussion habe ich jetzt vier Ausschüsse hinter mir. Ich bin jetzt vollkommen überrascht, dass ich jetzt höre, dass der alte Stellenplan also scheinbar wieder eine ersetzende Funktion haben soll und dass das neue nur einfach mal etwas wie so eine Übung war. Das kann ich mir nicht ganz vorstellen. Meine Bitte ist jetzt die, können wir vielleicht Herrn Geier noch mal bitten, dass er schriftlich uns dazu eine Auskunft gibt, weil ich definitiv sagen kann, in der Beiko ist es anders besprochen. Ich kann auch definitiv sagen, ich bin auch anders auf den Weg geleitet worden und mir ist immer gesagt worden, der neue Stellenplan, der ausgereicht wird, ist der, den ich hier einzubringen habe. Deswegen meine persönliche Bitte – es geht nicht um Sie, Frau Götschel – sondern ich bitte darum, dass wir die Fragen von Frau Wolff, die vollkommen berechtigt ist,

beantworten. Ich kann sie doch nur so beantworten, dass natürlich die Zuordnung von so hohen Stellen dazu führen wird, dass wir die Amtsleiter neu eingruppiieren müssen, weil quasi wenn sie laut der A 16 einen Beamten unterstellen, der diese Eingruppierung nicht hat, müssen sie doch B 2 setzen, woher sie die Stellen haben sollen, dass weiß ich nicht.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Können Sie noch ein Stückchen weiter helfen?“

**Frau Götschel, Organisatorin GB IV im Fachbereich Verwaltungsmanagement:**

„Erst mal zu der ersten Frage. Ich war ja noch nicht im Finanzausschuss, also kann ich das auch so nicht beantworten, aber ich, aber mir ist es so übermittelt worden, dass der Finanzausschuss gesagt hat, also wir können den neuen Stellenplan überhaupt nicht beschließen, weil der gesamte Haushalt nicht kompatibel ist mit diesem Stellenplan. Der neue Stellenplan drückt die neue Struktur aus, aber der Stellenplan mit seinen ganzen Produkten und Leistungen ist noch nicht angefasst. Das muss gemacht werden und ich denke aus diesem Grund hat der Finanzausschuss auch gesagt, wir können darüber nicht beschließen und da ist gesagt worden, dann gilt vorerst der Stellenplan 2012 weiter.“

**Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

„Das stand im Raum, es war keine abschließende Aussage. Es hieß, dass alle Fraktionen sich beraten sollen, und das ist ja jetzt auch an den Fragen an die Verwaltung noch mal, ob das diskutiert wurde und ob man da zum Ergebnis kommt, wie man dann fährt, wie das Plädoyer der Verwaltung ist. Es erschüttert mich, muss ich sagen, Herr Kogge, dass Sie sich ...“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Die Anwesenden im Finanzausschuss wissen es genau, diese Frage zum Schluss der Sitzung gestellt habe, weil ich wusste, wir haben heute Ausschuss und ich ahnte, was auf uns zukommt. Meine nochmalige Nachfrage heute hat im Bereich Finanzen so weit wurde mir noch mal deutlich gesagt, dass wir den alten Stellenplan beschließen und auch beraten, heute. Wir sind ja sowieso kein beschließender, sondern eben die offenen Fragen usw. beraten, so ist meine Auskunft. Ich weiß nicht, was jetzt innerhalb der Verwaltung gemacht wurde. Ich kann jetzt nur sagen, wie wir.“

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion:**

„Darf ich dann die noch offene Frage noch mal in den Raum stellen. Also wir haben keinen Stellenplan, mit dem wir eigentlich so richtig leben können. Wir haben einen, der aber eigentlich nicht gültig ist. Wir haben einen Haushalt, wo ihr sagt, da machen wir mal eine Trockenübung dran, wollen aber nicht danach verfahren und wir haben kein Haushaltskonsolidierungskonzept und jetzt komme ich auf die Frage von Herrn Müller, der dann die Frage stellt: Wenn man etwas – ja gut, vielleicht üben wir uns ja heute in wie schnell können wir beraten oder auf jede Sache - aber was ist das Ziel des Ganzen heute, das würde ich ganz gern dann wissen.“

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales:**

„Fragen Sie jetzt wirklich die Kollegin, die Frau Götschel, die kann das ja nicht beantworten.“

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion:**

„Ich stelle es allgemein hier, die Verwaltung ist ja zahlreich vertreten.“

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales:**

„Ich kann es alles nur so mitnehmen. Ich habe keine neue Weisung bekommen für diesen Bereich, das heißt ich weiß es nicht, ich höre zum ersten Mal, dass jetzt der Stellenplan so nicht Bestandteil der Haushaltsdiskussion in neuer Form sein soll. Es ist nirgendwo als Meldung gekommen. Ich kann das also nur sagen, das ist für mich eine Sache, die ich gern

mitnehme und würde Sie einfach bitten, dass Sie Verständnis dafür haben, dass ich Herrn Geier bitte, hier schriftlich dazu noch mal etwas mitzuteilen. Mehr kann ich an der Stelle nicht tun und mehr kann ich auch wenn ich es wollte, nicht sagen können. Der zweite Teil ist der Haushaltsplan, ist ja sowieso in der neuen Umsetzung der Struktur nicht angepasst, deswegen können Sie ihn gut beraten. Sie haben vollkommen Recht, ein Haushaltssicherungskonzept liegt zurzeit nicht vor. Da weiß ich, dass intensiv daran gearbeitet wird, die Fachbereiche sind gefragt worden, ob sie Sicherungsmaßnahmen haben. Die anderen Sicherungsmaßnahmen, die wir haben, laufen 2013 aus. Sie sind aus dem alten Konzept und neue sind mir momentan nicht bekannt. Also von daher kann ich nur sagen, versuchen wir gemeinsam den Schritt abzuarbeiten. Von daher gehe ich davon aus, weil ich sie mitgeschrieben habe, dass sie auch stimmig sind und dass sie auch klappen.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Gut, diese Empfehlung würde ich insofern teilen, dass wir jetzt unsere Bereiche abarbeiten. Ich muss noch dazu sagen. Es gab ja außer im Bereich Soziales bei den anderen keine gravierenden Fragen, so dass wir, denke ich, unsere Empfehlung heute auch als Ausschuss dazu abgeben können. Es gab jetzt „

**Herr Müller, CDU-Fraktion:**

„Zu den Teilen, die wir haben.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Ja, genau. Also nehme ich das jetzt auch mit teils na ja magengrummend zur Kenntnis, dass wir jetzt anfangen. Frau Wildner, ich hatte vorhin vorgeschlagen, wir gehen so vor, würde ich als erstes bitten. Ich weiß nicht, Sie signalisieren mir bitte, wenn Sie noch Fragen haben. Ich will dazu sagen, schriftliche Anfragen lagen nicht vor. Es gibt einen Antrag, nämlich unserer Fraktion, der kommt bei Sozialem nachher, so dass ich auf Ihre mündlichen Anfragen warte. Ich würde aber vorschlagen, dass wir jetzt nicht noch mal jede Seite runtergehen, sondern wir haben das alles durchgearbeitet, aber wie gesagt, betone noch mal, jede Frage ist natürlich jetzt willkommen oder sollte auch noch mal kommen. Haben Sie noch etwas Generelles zu sagen, Frau Wildner.“

**Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte:**

„Es war ja in der ersten Lesung jetzt nicht irgendeine zahlenmäßig betreffende Frage aufgekommen. Es wurde zu Recht kritisiert, das auf der Seite 108 das dieser Textteil als Ziele und dann auch in der Stelle Ziele und Kennzahlen, dass das nicht weiter für die Jahre aktualisiert wurde. Das lasse ich jetzt mal rumgehen, ich bitte Sie ein Blatt zu nehmen. Das ist jetzt noch nicht offiziell sozusagen, das ist auch keine Seitenzahl darauf, aber so haben wir das dem Fachbereich Kämmerei zugearbeitet, mit ihm abgestimmt. So wird das dann, wenn die ganzen Änderungen dann da eingepflegt werden, dann dort auch erscheinen. Das ist also sozusagen, dass was ich als Hausaufgabe mitgenommen hatte. Ansonsten hatte ich ja keine Veränderungen im Zahlenwerk, die hier noch Fragen aufgeworfen hatten, und was nun meinen kleinen Stellenplan angeht, bin ich im Moment in der komfortablen Situation, dass ich nicht betroffen bin. Also, ich hatte ja gesagt, dass ich bestimmte Dinge im Vorfeld vereinbart hatte, weil ich ja eine Stelle als Haushaltskonsolidierung aufgegeben habe und dafür eigentlich etwas anderes vereinbart war, aber für den dreizehner Haushalt sehe ich im Moment da keine Möglichkeit. Das werde ich also weiter verfolgen.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Gut, Fragen. Herr Wöllenweber.“

**Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion:**

„Zu dem jetzt ausgereichten Blatt und Papier ein gravierender Unterschied zu dem vorigen Geschriebenen, da steht je 1.000 Einwohner“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Seite 107“

**Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion:**

„Also 108 ist es, 1,20 Euro und hier steht 1.200 Euro.“

**Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte:**

„Ja das ist von mir in dem alten ein Rechenfehler gewesen, das wäre sozusagen pro Kopf, weil das sind zwei unterschiedliche Maßeinheiten, das ist mir wahrscheinlich selber als Fehler unterlaufen, Entschuldigung. Weil hier steht ja Kostenprodukt je 1.000 Einwohner und die 1,20 Euro wären pro Einwohner.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Also auch geklärt, gut. Gibt es weitere Fragen zu den beiden Produkten aus diesem Bereich? Herr Müller.“

**Herr Müller, CDU-Fraktion:**

„Ich möchte mal fragen, wie man das messen kann. Also ich verstehe es nicht ganz. Ziel ist die Gleichstellung. Die Kennzahl ist, das basiert auf den Kosten und dann sage ich wohl, um so höher die Kosten um so mehr habe ich das Ziel erreicht. Ich verstehe das nicht, wie man das messen kann.“

**Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte:**

„Ja das ist natürlich eine schwierige Sache, weil es ja hier mehr oder weniger um gesellschaftliche Prozesse geht. Aber auch wir waren natürlich gehalten, irgendwie zu versuchen, da Kennzahlen zu ermitteln. Da ist jetzt erst mal, wie bei vielen anderen Bereichen sicher auch eine Probe, ob uns da noch etwas Besseres einfällt. Ich kann dazu, es ist im Grunde genommen das gesamte Produkt, ich habe ja nur ein Produkt und zwei Leistungen und es ist ganz schlicht eigentlich das gesamte Budget durch die jeweiligen Einwohnerinnen und Einwohner des vorangegangenen Jahres, erst hier oben als Produkt und dann auf die Fördermittel inklusive, also die sind jetzt Transferleistungen und dann habe ich das noch mal separat ausgewiesen. Das ist ja im Grunde genommen auch nicht unbedingt nur eine Leistung. Es ist ja noch ein bisschen weniger eigentlich, was jetzt hier steht, Fördermittel für freie Träger.“

**Herr Müller, CDU-Fraktion:**

„Soll ich an diesen Zahlen an den 1.200 Euro, jetzt pro 1.000 Einwohner, soll ich da jetzt Ihre Leistung daran messen.“

**Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte:**

„Nein, was die Stadt dafür ausgibt.“

**Herr Müller, CDU-Fraktion:**

„Also ich kann da nicht beurteilen, wenn Sie 1.400 Euro pro 1.000 Einwohner brauchen, ist das nicht positiv, aber wenn es 800 Euro pro Einwohner ist auch nicht groß. Also ich kann das im Prinzip nicht messen. Ich kann nur vergleichen, wie viel Sie verbraucht haben.“

**Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte:**

„Ja, also was die Stadt Halle.“

- Unverständlicher Zwischenruf -

„Das wär schön, oder dann haben wir diese Funktion abgeschafft. Das wäre auch eine Aussage an der Stelle. Also im Moment ist es einfach nur eine Aussage, wie viel vom Geld pro Einwohner oder pro 1.000 Einwohner die Stadt Halle dafür ausgibt.“

**Herr Müller, CDU-Fraktion:**

„O. k. „

**Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte:**

„Ja, also noch keine Qualitätsmerkmale an der Stelle.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Gut, weitere Fragen zu dem Bereich. Dann gehe ich davon aus, dass das alles klar ist und wir gehen weiter. Jetzt wird es ein bisschen spannender, jetzt kommen wir zu dem Sozialbereich. Alles zu dem –

*- mehrere unverständliche Zwischenrufe -*

Wir können eine kurze Pause machen. Wir kommen zum Sozialbereich. Noch mal dazu.“

**Herr Müller, CDU-Fraktion:**

„In der ersten Lesung waren wir dann gleich auf den Stellenplan im Gleichstellungsbereich gekommen. Warum wollen wir das diesmal anders machen?“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Na sie hat gesagt, wir haben alles zusammengenommen und hatten Sie gesagt, es gibt da nichts weiter und wenn Sie noch eine Frage haben.“

**Herr Müller, CDU-Fraktion:**

„Nein, es war ja noch eine Frage offen vom letzten Mal. Das war ja unklar, ich glaube.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Nein, das hat sie doch eben gesagt.“

**Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte:**

„Es war keine Frage offen.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Nein.“

**Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte:**

„Bei mir nicht.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Sie hatte es eben doch noch mal begründet.“

**Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte:**

„Also im Protokoll kann ich, war da eine Frage, die habe ich aber beantwortet.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Ja, genau. So, dann kommen wir zu dem Bereich Soziales. Und hier will ich noch mal fragen, ob es noch mal generell zur Einführung, möchten Sie noch etwas sagen.“

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales:**

„Nein.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Nichts Neues. Also, ich will darauf verweisen, die Einzelblätter. Letztlich geht es darum, dass wir dieses Blatt – wo habe ich es jetzt hin gepackt – so sieht das aus, es ist keine

Nummer darauf, sage ich mal, mit der Überschrift `Amt 50 – Veränderung 2013` mit Stand 10.1.13. Das haben wir das letzte Mal mit ausgegeben. Da sind noch mal die ganzen Veränderungen darauf und da sehen Sie auch, dass alles kostenneutral ist. Ich will nur noch mal darauf verweisen. Frau Winter – kleinen Moment – wollen Sie noch mal generell dazu etwas sagen oder können wir in die Diskussion einsteigen? Gut, dann sind Sie dran.“

**Herr Müller, CDU-Fraktion:**

„Meine Frage ist eigentlich die einzige Frage, die ich dazu habe zu dem ganzen Bereich, zu der Trockenübung. Aufgrund der Strukturveränderungen, ich will jetzt wirklich nur wissen, wir haben einen Haushaltsplan 2012 mit dem Stellenplan, der fort gilt in diesem Jahr. Ich möchte jetzt wissen, welche Stellen wirklich noch in Ihrem Bereich oder in Ihren Bereichen in Ihrem Dezernat in welchem Bereich sind und wie die dotiert sind und ob die besetzt sind. Kann man so eine Übersicht kriegen?“

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales:**

„Also wir haben einen Stellenplan und wir haben auch einen Besetzungsplan. Der Besetzungsplan wird normalerweise nicht ausgegeben. Frau Götschel, wo sind Sie Frau Götschel. Normalerweise geben wir den Stellenplan raus, den Besetzungsplan nicht unbedingt. Die Frage ist ja.“

**Frau Götschel, Organisatorin GB IV im Fachbereich Verwaltungsmanagement:**

„Also der Besetzungsplan ist ja personenbezogen und wird aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht herausgegeben.“

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales:**

„Eben. Also was ich Ihnen sagen kann, die Stellen die wir frei haben.“

**Herr Müller, CDU-Fraktion:**

„Nein ich will ja keinen Namensliste haben, ich will einfach nur wissen, sozusagen, welche Stellen sich in Ihrem Bereich befinden, gegenwärtig Ihrem Bereich zugeordnet sind und wie die dotiert sind und ob die besetzt sind natürlich.“

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend und Soziales:**

„Frau Götschel, können Sie das sagen, bitte.“

**Frau Götschel, Organisatorin GB IV im Fachbereich Verwaltungsmanagement:**

„Na ja, das kann ich im Einzelnen nicht sagen, ich kann natürlich sagen, also im Sozialamt sind so und soviel Stellen vorhanden. Davon sind so und soviel aktuell besetzt. Das könnte ich sagen.“

**Herr Müller, CDU-Fraktion:**

„Und noch wie die dotiert sind, also ich will eine Zahl, eine Gesamtzahl und also was weiß ich, so und soviel unter Stellen.“

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales:**

„Wir haben so und soviel A 16, so und soviel 15, so und soviel 14, das können wir Ihnen genau sagen. Das haben wir aber im Stellenplan schon vorliegen und zwar der neue Stellenplan weist das aus.“

**Herr Müller, CDU-Fraktion:**

„Na ja, da bin ich mir nicht sicher, ob das der Ist-Stand ist oder ob es der Plan ist.“

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales:**

„Nein, das ist der Ist-Stand.“

**Herr Müller, CDU-Fraktion:**

„Also der neue Stellenplan ist der Ist-Stand.“

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion:**

„Doch die arbeiten aber heute nicht.“

**Herr Müller, CDU-Fraktion:**

„Die arbeiten nicht nach dem alten Stellenplan 2012?“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Moment, ich glaube jetzt haben wir noch mal Bedarf. Frau Wolff hatte sich angeboten zu helfen, auch Frau Götschel. Würden Sie uns dann auch noch mal Aufklärung geben.“

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM:**

„Also ich habe Gesamtstellen 144, das ist ein Zuwachs von zwei Stellen und man kann gucken, Herr Müller, man kann gucken, auf welchen Lohngruppen die eingestellt sind und ich finde, „

**Herr Müller, CDU-Fraktion:**

„Nein, kann man gar nicht.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Wenn, dann sollten wir uns aber bitte an die Regel halten, dass immer einer spricht.“

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM:**

„Darf ich zu Ende reden und ich finde, das ist der alter Plan, der im Dezember von Frau Szabados rausgegeben wurde und hat sich für meine Begriffe jetzt nicht so sehr was verändert 2011 oder in den vorher gehenden Jahren und von daher finde ich das jetzt, also für mich ist das eine reine Zeitverschwendung, jetzt hier immer wieder nachzufragen, was für Stellen hier wo dotiert. Wir haben es doch gehört, wie die Situation ist. Für mich ist interessant, hier die zweite Lesung durchzuwinken und auch den Haushaltsentwurf 2014.“

**Herr Müller, CDU-Fraktion:**

„Also ganz ehrlich wenn ich das, dazu muss ich mich hier wirklich noch mal äußern. Sie haben doch alle mitgekriegt, dass Amtsleiter im Sozialbereich versetzt wurden. Die müssen sich doch im Stellenplan wieder finden. Da frage ich mich doch, wo sind die?“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Das ist genau das Problem. Ich darf noch mal sagen, darf ich das. Zwei Stellen waren für die Grundsicherung neu. Das haben Sie das letzte mal auch begründet im Sozialbereich und so viel ich jetzt weiß, Frau Götschel helfen Sie uns dann bitte im Anschluss, dann sind Sie auch dran, zwei gehen mit von den Umsetzungen und zwei haben keine – müssen neu geschaffen werden. Aber das ist nicht Bestandteil der alten, sondern dass ist der neue. Aber vielleicht sagen Sie uns noch mal.“

**Frau Götschel, Organisatorin GB IV im Fachbereich Verwaltungsmanagement:**

„Da kann ich ja grundsätzlich sagen zu dem Stellenplan, aus der Übersicht, die Sie bekommen haben. Ich weiß, dass es vielleicht ein bisschen schwierig ist auch zu lesen für jemanden, der sich damit überhaupt nicht befasst. Im Prinzip, alles, was 2013 aufgeführt ist und vorne keine Null hat, das ist das, was tatsächlich da ist in dem jeweiligen Fachbereich. Alles, was eine Null hat, da kann man sagen, es ist eine Veränderung passiert, nicht zwangsläufig, dass die Stellen entfallen, sondern die Stelle hat einen anderen Zuschnitt bekommen oder auch es wurden Höhergruppierungen vorgenommen, aufgrund dass man Aufgaben, zum Beispiel an einer Stelle angelagert worden. Die Stelle ist neu bewertet worden und der Mitarbeiter ist höhergruppiert. Auch so was bedeutet eine Null, dann ist die

alte Stelle Null, ich sage jetzt mal die E 9, der Mitarbeiter hat eine E 10 bekommen. Das ist so allgemein zu lesen. Hinten im Feld Bemerkungen steht oftmals noch drin KU nach, das heisst, ist künftig umwandelbar, also es verändert sich etwas auf der Stelle oder es hat sich verändert. Nur zum allgemeinen, vielleicht noch die Frage zu beantworten mit den neuen Stellen. Das ist richtig, dass der OB verfügt hat, dass die vier ehemaligen Amtsleiter erst mal dem Sozialamt zugeordnet werden und davon sind zwei mit Stelle gekommen und zwei neue und die beiden Herrschaften, die also mit neuer Stelle kommen, sitzen zurzeit noch auf ihren alten Stellen und deswegen auch der alten Stellenplan und der neue, in dem neuen, was Ihnen im Entwurf ja schon vorliegt, da stehen nun die Neuschaffungen drin. Also vom 30.1. diesen Jahres, da stehen die beiden Neuschaffungen schon drin.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Und jetzt Herr Schachtschneider.“

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion:**

„Ja, ich möchte Frau Wolff jetzt mal besonders ansprechen. Wir reden hier nicht über Peanuts, wir reden auch nicht über Pillepalle, wenn wir mal eine A 15 A 16, die 15 ü, ich weiß nicht wie groß das ü, E 15 ü und E 15 zusammenzählen, reden wir über eine Summe, mit Arbeitgeberaufwand, die weit über dem liegt, was die Gleichstellung ausmacht.. Also, wenn wir hier mal wirklich über Dinge reden, und ich denke, das ist schon ein wichtiger Teil. Richtig ist natürlich, dass wir das heute gar nicht zur Debatte haben, aber ich denke, man sollte es nicht einfach so unter den Tisch kehren und sagen, na gut, das sind nun mal vier Stellen, aber es ist schon eine Menge Geld und wir reden sonst über kleinere Summen und streiten uns.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Ich denke, Frau Götschel hat es ja Ihnen dargestellt, wie es Moment ist und nicht zuletzt kann der Finanzausschuss – sollte man dann auch so mitnehmen – muss ja dann noch mal Klarheit schaffen, sage ich mal. Wir haben die beiden neuen Stellen, so habe ich es verstanden, ja nicht in dem alten Stellenplan. Das ist erst mal eine Auskunft.“

**Frau Dr. Drygalla, sachkundige Einwohnerin Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

„Ich habe mich gemeldet, ich würde gerne berücksichtigt werden. Ich würde darum bitten, das jetzt abzubrechen. Es ist eine Schlange, die sich in den Schwanz beißt. Gerade haben wir gesagt, Sie wollen den Plan eigentlich gar nicht bekommen haben und jetzt weist das aber genau das aus. Also, Geschäftsordnungsantrag, den ich gar nicht stellen darf.“

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion:**

„Ich wollte gerade sagen, wer stellt den jetzt, Sie“.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Den können Sie jetzt nicht stellen. Sie können anregen, dass jemand von Ihnen den stellt, dass wir vorankommen. Noch dazu, oder jetzt geklärt?“

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion:**

„Also, nach diesem zielgerichteten Hinweis, man könnte es über den Mund fahren, könnte es ich mal so, dann lasse ich es jetzt mal stecken, wir reden nicht über den. Sonst hätte ich gerade gefragt, wo die Stellen herkommen, also wo sie sind. Ich mach es ja gar nicht.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Das ist ja genau das, was nicht geklärt werden kann im Moment. Das steht ja im neuen Plan. Herr Wehrich.“

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

„Das wollte ich genau sagen. Ich denke, wir sollten es jetzt abbrechen. Es ist klar geworden,



die ganzen Schwächen und Defizite und die Problemstellung. Das will auch niemand negieren und, dass wir nicht über Peanuts reden ist auch klar, aber es ist entsprechend deutlich geworden, wir kommen ja an dieser Stelle nicht weiter und deswegen, denke ich, lohnt es sich nicht.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Können wir hier ... gut. Weitere andere Fragen. Sehe ich jetzt nicht Dann würde ich die Gelegenheit nutzen und den Antrag unserer Fraktion noch mal einbringen. Ich denke, dazu müssten wir uns ja noch ganz kurz verständigen. Sie haben ja gelesen, dass vorn auf den ersten beiden Seiten die Hinweise auf der Haushaltsberatung betreffen, hier in unserem Bereich 800.000 weniger für die Grundsicherungsleistung, also KdU einstellen. Und wir haben das hier begründet, dass wir der Meinung sind, a) es ist eine Pflichtaufgabe und sie zeigt, wenn man das voraussichtliche Ist betrachtet, ich verweise hier noch mal auf die Aussagen, die hier uns mit der Präsentation gemacht worden sind, dass das schon höher ist. Das ist der erste Grund. Der zweite Grund ist, dass die Arbeitsmarktinstrumente – alles hier drin in der Begründung – ja auch weniger werden, die sind ja , dass wir der Meinung sind, das Geld reicht also nicht, was jetzt eingestellt ist und aus diesem Grund unser Antrag, dass wir die, den Planansatz von 2013 wieder einstellen, also plus diese 800. Das ist unser Antrag. Bitte.“

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

„Also ich kann das absolut nachvollziehen und unterstützte es. Eine Frage ist nur, haben Sie schon gehört, wie das vorläufige Ist ist im Bereich. Es ist ja wie in anderen Bereichen, die wir hier besprechen wieder. Wurde das schon gesagt oder?“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Doch, bei der Präsentation, ja. Jetzt Herr Neumann“

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft:**

„Also, meine Damen, meine Herren. Thema KdU immer umstritten, wie sieht es mit den Arbeitsmarktinstrumenten aus. Wir haben zwei wesentliche Dinge getragen, erstens ist die KdU seit Jahren rückläufig, zweitens sind Ihnen auch die Zahlen heute verteilt worden, dass auch die Bedarfsgemeinschaften rückläufig sind und das war in den letzten zwei Jahren. Im Jobcenter selber haben wir, sind wir weggegangen von den AGH`s hin zur Qualifikation. Wir haben auch die Mitarbeiter in der Arbeitsvermittlung, also Richtung ersten Arbeitsmarkt verstärkt, auch personell haben wir da fünf weitere Stellen geschaffen, so dass wir sagen, o. k. mit dem Paket Qualifikation der Nachfrage, die wir auf dem Arbeitsmarkt haben, denke ich haben wir dort umgesteuert von zwei Richtungen, ersten Arbeitsmarkt das Thema Bürgerarbeit, das ist Ihnen heute auch ausgeteilt worden von EfA, läuft in diesem Jahr Vollast durch. Wir haben einen Aufwand von fast 7,2 Mio Euro im Eigenbetrieb für Arbeit, wo die Bürgerarbeitsstellen, das Problem kommt 14 auf uns zu, noch nicht in diesem Jahr. Das ist sozusagen das zweite Argument, wo ich sagen muss, also bei der Bürgerarbeit sehe ich das Risiko nicht so und ich sag mal, wenn man die Gesamtansatz betrachtet ist das Risiko, was wir an dieser Stelle haben, was jetzt den Antrag und den Haushaltsansatz unterscheidet, unter ein Prozent und wir haben auch, als in der Trägerversammlung die Vorgabe des Haushaltes an die Geschäftsführung des Jobcenters weitergegeben und ich denke, ja wir haben dort ein Risiko an der Stelle, aber ich will vielleicht mal behaupten, bisschen die Hand reichen, da es ja einen Nachtragshaushalt geben soll, wüssten wir ja dann im Mai/Juni, welche Zahl die richtige ist an dieser Stelle, so dass ich denke, wir haben noch mal die Chance, auch in diesem Jahr dort nachzusteuern und ich halte es persönlich auch, denke ich, für ein Signal zu sagen, Jobcenter komm, wir gehen an die Sache sportlich ran, wenn man die Gesamtsumme sieht. Die Zahlen sind rückläufig, auch sagen wir mal die Prognosen Arbeitsmarkt sind ja jetzt noch mal korrigiert und was die Wirtschaftsleistung insgesamt in der Bundesrepublik betrifft, so dass ich denke, wir machen uns hier eine Baustelle an der Stelle auf, die wir eigentlich nicht brauchen, denn hinterher haben wir dann

das Thema im Finanzausschuss, wo krieg ich denn die Deckung für die 700.000 Euro her. Insofern würde ich den Vorschlag machen wollen, im Nachtragshaushalt steuern wir noch mal nach, haben wir einen Überblick über die ersten sechs oder fünf Monate. Insofern würde ich dafür plädieren, an dieser Stelle zumindest die Zahl zu lassen.“

**Frau Ute Haut, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Gut, wir bleiben bei unserem Antrag. Ich will Ihre Hand nicht ausschlagen, aber an der Stelle kann ich sie nicht annehmen. Es ist alles gesagt.“

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft:**

„O. k., war ein Angebot.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„So, jetzt bitte, jetzt weiß ich nicht, wer eher war.“

**Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion:**

„Ich denke, wir haben die Diskussion ja jedes Jahr. Ich meine, wir haben zwar bei den AGH'S sicherlich ... aber die Bürgerarbeit, das kommt hier auch noch mal, deswegen ist es sicherlich ausgereicht worden, wäre hochgefahren. Ich kann das nur noch mal wiederholen. Ich habe auch mal beim Jobcenter angefragt, das ist richtig, das ist ein vorläufiges Ist, das allerdings noch nicht berücksichtigt, dass es noch keine Abschlussrechnung für den Rücklauf von den KdU-Außenständen gibt und damit gibt es wohl auch noch eine ungeklärte Frage. Insofern würde ich der Verwaltung tendenziell folgen würden und würde sagen, es geht ja um den Dezember, der wäre ja nicht gesichert und das kann man ja sicherlich auch im Nachtragshaushalt klären, das wäre das erste mal, dass wir kein Geld oder nicht ausreichend Geld ausreichen würden in einem pflichtigen Bereich, ohnehin gar nicht stadtratsrelevant. Insofern kann ich hier der Verwaltung folgen.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Ja, bitte.“

**Herr Müller, CDU-Fraktion:**

„Ich muss noch mal mein Wort an Herrn Wehrich richten.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Das ist schon wieder eine Diskussion hier.“

**Herr Müller, CDU-Fraktion:**

„Ja wir können doch diskutieren. Ich muss doch nicht immerzu zwischen Verwaltung und Rat, wir können doch mal untereinander diskutieren. ... Auf der einen Seite gehen Sie hin und sagen, lassen Sie uns den Stellenplan nicht weiter diskutieren. Ich hab da volles Vertrauen sozusagen in die Verwaltung, dass es so kommen wird, wie es dort angesetzt ist. Das ist ja das, was ich damit zum Ausdruck bringe. Auf der anderen Seite sagen, na da vertraue ich der Verwaltung bei diesem Stellenplan, wo die Verwaltung jetzt schon sagt, das machen wir überhaupt nicht und das haben wir gar nicht vor. Aber dann zu sagen, nein also was diese Grundsicherungsleistungen bei Arbeitssuchenden anbelangt, da denke ich, da hat die Verwaltung nicht richtig geplant. Also ich würde schon mal sagen, wenn man dann der Verwaltung für diesen Haushalt Vertrauen schenkt und den so, wie die Verwaltung ihn eingebracht hat, doch dann auch Richtung Landesverwaltungsamt gerne zur Bestätigung schicken möchte, dann sollte man auch diesen einfach so durchgehen lassen. Ich kann doch nicht sagen, letztlich ist es die Verwaltungsspitze, die diesen, es ist nicht dem Beigeordneten vertraue ich, dem Beigeordneten vertraue ich nicht, oder sonst was in einzelnen Punkten, sondern die Verwaltungsspitze hat uns einen Haushalt eingereicht und dann müssen Sie diese Linie konsequent fahren und sagen, wir vertrauen der Verwaltung in dem Punkt, dass das realistisch ist, sowohl was den Stellenplan anbelangt, also was die ganzen Leistungen

anbelangt, wenn das realistisch ist, dann muss ich das unterstützen und dann verstehe ich das auch sozusagen Ihre Haltung. Machen Sie irgendwo Abstriche, verstehe ich jetzt ehrlich gesagt nicht.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Bitte.“

**Frau Dr. Drygalla, sachkundige Einwohnerin Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

„Ich nehme jetzt das Pingpongspiel auf,

- Zwischenruf „Bitte lauter“ -

obwohl ich kein Pingpongfan bin, ich spiele jetzt trotzdem Pingpong. Ich verstehe es auch nicht, weil offensichtlich ja bei dem Stellenplan es sachliche Gründe gibt, die dagegen sprechen, die Ist-Werte zu nehmen und hier gibt es eine klare Information, die dafür spricht, mit aktuellen Daten zu argumentieren und Sie hatten ja vorhin gesagt, dass Sie genau das eigentlich auch vermissen, dass dann, wenn es neue und aktuellere Zahlen gibt, mit denen auch gearbeitet wird.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Bitte.“

**Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

„Ich möchte nur noch mal zwei Sätze, um es noch mal klarzustellen, Herr Müller. Ich habe überhaupt zu dem Punkt Stellenplan überhaupt keine Wertung vorgenommen. Ich habe nur gesagt, wir müssen weiterkommen. Die Punkte, die Sie ansprechen sind ja absolut zutreffend, das habe ich ja überhaupt nicht in Abrede gestellt. Nur wir können es heute nicht lösen. Deswegen habe ich dafür plädiert, die Diskussion abubrechen. Und an diesem Punkt ist die Sachlage vollkommen eine andere. Wir haben immer für Haushaltswahrheit und -klarheit plädiert, und hier ist absehbar, dass der Haushaltsansatz zu niedrig ist und deswegen bin ich dafür, die realistische Zahl einzusetzen. Das wäre ich auch gewesen vollkommen unabhängig von diesen anderen *Frageninseln*, so plädiere ich in anderen Bereichen dafür auch. Im Jugendhilfeausschuss sind die Zahlen auch korrigiert worden, weil sie da nicht als realistisch angesehen werden. Genauso ist es hier auch und insofern kann ich die Verbindung da nicht erkennen.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Gut, Herr Kogge.“

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales:**

„Ich würde gern einen Punkt kurz noch ergänzen. Punkt 1, Sie wissen, die Verwaltung, das Dezernat IV hat auf jeden Fall die volle Summe im Haushaltsplan 2013 eingereicht, das war quasi ohne Kürzungsvorgabe. Die Kürzungsvorgabe 800.000 heißt 1,1 Millionen weil sie den Bundesanteil immer drauf rechnen müssen, das heißt wir haben die KdU-Titel um 1,1 Millionen gesenkt.“

**Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

„Herr Kogge, können Sie vielleicht ein bisschen langsamer und deutlicher reden.“

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales:**

„Ich versuche, sehr laut zu reden. Kommt etwas nicht an?“

**Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

„Wenn wir Sie verstehen sollen, dann wär das hilfreich.“

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales:**

„O. k. dann rede ich noch langsamer, ist ja gut. Wir haben also die mit der Kürzungsvorgabe von 800.000 die KdU bei denen die Bundesanteile damit enthalten sind, um 1,1 Millionen gesenkt. Das haben wir wiederholt schon getan, vollkommen richtig. Ich hatte noch einmal darauf hingewiesen, dass die letzten Jahre unter Arbeitsmarktvermittlung die KdU zwar weniger, auch die Bedarfsgemeinschaften gesunken sind, auch die KdU nachher ein bisschen, da sind wir drüber froh. Wir werden so eine Vorgabe mitnehmen, und sage ich mal, sie sportlich umsetzen, das heißt immer auch gucken, schaffen wir es oder nicht. Es gibt bloß zwei Punkte, die ich einfach klar sagen möchte. Eine Deckung nachher aus dem Bereich Budget Dezernat IV, das wird sicher schwer in der Größenordnung. Und der zweite Teil ist, ich glaube, dass man, wenn man so eine Vorgabe macht, auch immer sagen muss, dass die Möglichkeiten, das zu erreichen, nicht die Frage ist, ob die Mitarbeiter gut sind oder nicht, sondern die Rahmenbedingungen werden das Entscheidende sein. Die KdU, steigen, wenn die Nebenkosten, die Abrechnungen von Heizkosten, Warmwasser etc. steigen. Wenn das alles entsprechend steigt, dann haben wir natürlich auch höhere Ausgaben und das haben wir als Stadt auch selber im Griff. Man braucht hier quasi über die Nebenkosten nicht weiter erhöhen, die wir zu 85 Prozent selbst beschließen. Also Strom, Wasser, Abfallgebühren etc., dann haben wir auch hier entsprechende Erleichterungen. Meine Bitte also immer nur, wenn Sie solche Vorgaben uns mitgeben, dass wir auch die entsprechenden anderen Rahmenbedingungen auch mit einhalten, sonst haben wir hier mit Sicherheit eine Aufgabe, die so kaum leistbar ist. Aber wir haben uns noch nie vor großen Aufgaben gedrückt. Danke.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Wir haben ja nachher noch einen Antrag, der genau das auch möchte zum Teil. So, es gab zwei Wortmeldungen, die ich jetzt gesehen habe. Herr Wehrich noch einmal und Frau Wolff.“

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

„Also kann ich jetzt als Quintessenz von dem, was Sie gesagt haben, entnehmen, die Aufgabe ist kaum leistbar, diese Kürzung vorzunehmen, das haben Sie eben wörtlich gesagt.“

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales:**

„Das habe ich eben nicht wörtlich gesagt, aber Sie haben es so verstanden.“

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

„Das haben Sie gesagt, die Aufgabe ist nicht leistbar.“

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales:**

„Ist eine Herausforderung, ja. Das haben wir in der Verwaltung öfter.“

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

„Sie haben gesagt, die Aufgabe ist nicht leistbar und darum geht es. Ich will es nur noch mal auf den Punkt bringen, weil ich da einen kleinen Widerspruch gesehen habe. Halten Sie jetzt den ursprünglichen Haushaltsansatz in diesem Produkt, in diesem Bereich, der ja auch gut überschaubar ist, für realistisch, oder nicht?“

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend und Soziales:**

„Also Dezernat IV hat einen Vorschlag eingereicht. Es gibt eine entsprechende Vorgabe, das ist immer so. Das ist nicht bei Herrn Dr. Wiegand anders als bei allen anderen, und zwar immer. Ein Punkt, der ist auch nicht auf Halle beschränkt, den haben Sie in jeder anderen Stadt auch. Und diese Vorgabe ist so, dass die Verwaltung entsprechend dann versucht, diese Vorgabe zu erreichen und wir werden uns Mühe geben, das zu tun. Dass Sie natürlich feststellen, dass das eine schwere Aufgabe ist, das stelle ich auch fest und wir

werden gucken, ob wir das schaffen.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Gut. Frau Wolff.“

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM:**

„Also, ich finde es einfach doch ein bisschen blöd, ehrlich gesagt, weil wir ja einmal anfangen wollten, wir sind da auch immer eingetreten für Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit und da hätte es mir jetzt mehr geholfen, also ich höre schon auch unterschiedliche Voten. Sie sagen, eigentlich brauchen wir das nicht.“

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales:**

„Ich habe gesagt das Risiko, ist halt schwer.“

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM:**

„Darf ich ausreden. Und Sie sagen irgendwie verschlüsselt, Sie brauchen die 800.000 so. Dann denke ich eher, man sollte die 800.000 einstellen, weil wir bisher in diesem Bereich bisher immer zu wenig eingestellt haben und da im Nachtragshaushalt zu verweisen, das finde ich ein bisschen bedenklich.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Gut, danke. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Sie sind sofort dran, ja bitte.“

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft:**

„Vielleicht einen Satz dazu. Im letzten Jahr hatten wir im Haushaltsplan 74,5 Millionen, wir hatten die gleiche Diskussion. Am Ende sind hier 74,5 eingestellt worden. Gebraucht haben wir 71,6. Und jetzt, ich sage mal, es ist eine sportliche Herausforderung, aber es ist nicht die Baustelle im Moment. Die sehe ich nicht im Haushalt und wird an dieser Stelle nicht passieren.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Gut, gibt es weitere und auch zu anderen Dingen noch Nachfragen. Das ist nicht der Fall.“

**Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion:**

„Nein, hat sich erledigt.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Gut, andere Fragen noch? Nichts mehr. Dann wir den Sozialbereich jetzt abschließen. Bitte.“

*- unverständlicher Zwischenruf von Herrn Müller –*

Das hatten Sie bereits gesagt, aber wir hatten uns dazu verständigt, dass wir die Einzelbereiche aufrufen, Herr Müller. So, dann kommen wir zum dritten Bereich, doch noch.“

**Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

„Ich habe nur noch mal, weil in den anderen Bereichen nichts zum vorläufigen Ist. Wir haben alle, die die auf dem Zettel aufgelistet sind ...“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Können Sie bitte etwas lauter sprechen, es ist schwierig hier, ganz laut bitte. Das vorläufige Ergebnis wollten Sie mitnehmen.“

**Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

„Ja, nicht nur hier in dem Bereich KdU, sondern auch in den anderen Bereichen, die auf dem Zettel aufgelistet waren für das Amt 50 ...“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Da muss ich noch mal verweisen an Frau Winter, bitte.“

**Frau Winter, Abteilungsleiterin Abteilung Soziale Hilfen Fachbereich Soziales:**

„Das vorläufige Ist für die Änderungen ...“

**Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

„Für die Produkte, die hier auf diesem Zettel für das Amt 50 aufgelistet sind.“

**Frau Winter, Abteilungsleiterin Abteilung Soziale Hilfen Fachbereich Soziales:**

„Das vorläufige Ist insgesamt als Produkt. An und für sich haben wir es ja nur in den Leistungen, den Sachkonten.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Das haben Sie bestimmt jetzt nicht mit hier. Wir hatten ja damals in der Präsentation einige, wo ich das jetzt herausgenommen habe, aber die Ist-Zahlen sind nicht überall. Die haben wir noch nicht. Auch die vorläufigen sind nicht überall benannt worden, wenn ich helfen darf. Es waren nur ausgewählte.“

**Frau Winter, Abteilungsleiterin Abteilung Soziale Hilfen Fachbereich Soziales:**

„Sie liegen noch nicht umfassend vor.“

**Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

„Es ist ja nur eine Frage.“

*- mehrere unverständliche Zwischenrufe -*

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales:**

„Also man hört keinen, Sie haben vollkommen Recht, man hört wirklich keinen.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Es ging um vorläufige Ist-Zahlen und da haben wir jetzt gerade gesagt, in der Präsentation waren einige vorgestellt als vorläufige Zahlen, aber generell liegen die Ist-Zahlen noch nicht vor, wird noch gerechnet und auch die vorläufigen Ist-Zahlen waren nicht für alle da, sage ich mal. Die Präsentation waren nur ausgewählte Zahlen.“

**Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

„Warum das für diese Produkte dann für den Finanzausschuss vorzubereiten ist, das es da vorliegt und beraten werden kann.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Gut, Frau Wolff noch mal.“

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM:**

„Wir hatten ja eigentlich gesagt, normalerweise in der Doppik müsste es ja uns vorliegen, das ist ja der Vorteil der Doppik und es ist schon komisch, dass wir es nicht haben.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Gut, das war nur eine Meinung. Alles klar. Gibt es noch weitere Fragen. Habe ich nicht gesehen. Ich gucke noch mal, nicht. Dann können wir zu dem dritten Bereich gehen, das wäre der Gesundheits-, Veterinärbereich. Auch hier generell die Frage, haben Sie noch irgendetwas an Veränderungen, was mitzuteilen wäre. War nicht so. Ich frage den Ausschuss, also die Mitglieder des Ausschusses, gibt es Nachfragen zu diesem Bereich. Da gab es ja auch beim ersten Mal wenig Nachfragen, aber ich frage noch mal laut und deutlich.“

Keine Nachfragen. Gut. Dann denke ich, können wir hier zur Abstimmung kommen, die ja letztlich eine Empfehlung ist. Ich frage hier, das mache ich wieder, die sachkundigen Einwohner, ob Sie eine Empfehlung geben könnten.“

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

„Entschuldigung, hier gibt es eine Nachfrage. Der Änderungsantrag.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Danke, ich hätte den jetzt vergessen. Wir wollten ja zur Abstimmung kommen und waren beim Votum, also machen wir jetzt erst mal den Antrag, schönen Dank, unseren Antrag. Ich brauche nicht noch mal etwas dazu sagen.“

*- unverständlicher Zwischenruf –*

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Bitte.“

**Herr Müller, CDU-Fraktion:**

„Ein Deckungsvorschlag war nicht drin.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Nein.“

**Herr Müller, CDU-Fraktion:**

„Ich habe bloß mal gefragt.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Nein, haben wir nicht drin. Es geht jetzt zur Abstimmung für diesen Antrag.“

**Herr Müller, CDU-Fraktion:**

„Man darf ja mal fragen.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Ich frage die sachkundigen Einwohner, ob sie eine Empfehlung zur Abstimmung geben können. Da sehe ich hier mehrheitlich ja. Es geht ja immer um das Votum, was sie geben, ob man das abstimmen kann.“

*- unverständliche Zwischenrufe –*

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Nein, nicht zuzustimmen, nein. Das stimmt nicht. ... Jetzt frage ich die Stadträte, ob sie dem Antrag der Fraktion der LINKEN folgen können. Ich bitte um Ihr Handzeichen.“

(Abstimmungsergebnis siehe unter TOP 6.1.1.)

Jetzt kommen wir zur Abstimmung.“

*- unverständliche Zwischenrufe –*

**Herr Müller, CDU-Fraktion:**

„Bei den sachkundigen Einwohnern wurde gefragt, ob sie ein Votum abgeben könnten. Wenn ich mich jetzt also in der Lage fühle, nein zu sagen.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Herr Müller, es ging hier nur um das Votum, ob sie einer Abstimmung die Empfehlung

geben können. So habe ich es ausgedrückt.

- *unverständliche Zwischenrufe* -

Nein, habe ich nicht vorgegeben, Herr Müller. Nein, Schluss, habe ich nicht. Also der Antrag der Fraktion der LINKEN ist mit Mehrheit angenommen worden und wir kommen jetzt zur Abstimmung des Finanzplanes insgesamt. Auch hier frage ich die sachkundigen Einwohner, die Empfehlung abzugeben, ihr Votum zur Abstimmung. Ja. Ich frage die Stadträte nach ihrem Votum.“

**Herr Müller, CDU-Fraktion:**

„Haben Sie auch nein gefragt, ich verstehe das nicht, ehrlich gesagt.“

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„Sie verstehen das nie. Das ist ein Problem.“

- *unverständliche Zwischenrufe* -

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses:**

„In der Geschäftsordnung steht drin, dass wir die sachkundigen Einwohner fragen, ob sie dem Votum einer Abstimmung abgeben können. Es geht nicht darum, dass ich sie nach ja und nein frage. Ich frage jetzt die Stadträte, ob sie dem Haushalt zustimmen oder nicht.“

- *unverständliche Zwischenrufe* -

**Abstimmungsergebnis:**      **mehrheitlich abgelehnt**  
   **1 Ja-Stimme**  
   **4 Nein-Stimmen**  
   **6 Enthaltungen**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2013 mit dem Haushaltsplan 2013.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2011 zur Kenntnis.

**zu 6.1.1      Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11037)  
Vorlage: V/2013/11487**

**Abstimmungsergebnis:**      **mehrheitlich zugestimmt**  
   **7 Ja-Stimmen**  
   **4 Nein-Stimmen**



### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt:

Für das Produkt Grundsicherungsleistungen für Arbeitssuchende – sind die Ist-Kosten des Jahres 2012 als Planansatz für das Jahr 2013 für die Kosten der Unterkunft einzustellen.

- zu 7            **Anträge von Fraktionen und Stadträten**  
zu 7.1        **Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines Konzeptes zu den Kosten der Unterkunft**  
                 **Vorlage: V/2012/11276**

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, informierte, dass der Antrag noch mal geändert wurde, der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. ist hier übernommen, somit steht nur noch dieser Antrag zur Abstimmung. Sie erteilte **Herrn Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion**, das Wort.

**Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion**, erläuterte den geänderten Antrag. Er bedauerte, dass die vorliegende Antwort der Verwaltung nicht sehr aussagefähig sei. Das schlüssige Konzept wird im Mai vorgelegt. Da dem Beschlussvorschlag von der Verwaltung entsprochen wird, bittet er um Zustimmung.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende bat zuerst die sachkundigen Einwohner um Abgabe eines Votums und danach die Stadträte um Abstimmung zum Antrag.

**Abstimmungsergebnis:**            **einstimmig zugestimmt**

### **Beschlussvorschlag:**

Die **Verwaltung legt dem Stadtrat** bis zum Mai 2013 ein Konzept zu den Kosten der Unterkunft **vor**, das die Urteile des Bundesverfassungsgerichtes und des Bundessozialgerichtes in Bezug auf die Regelsätze und die Heizkosten berücksichtigt.

In dem Konzept untersucht die Stadtverwaltung u.a. die Gründe für das abnehmende Angebot an Wohnungen mit niedrigen Mieten und überprüft dabei insbesondere in wieweit eigene Handlungen, z.B. Regelungen bei der Erstattung der Kosten der Unterkunft, Steigerung der Grundsteuer, Erhöhung der Kosten von Energie und Wasser durch neue Abgaben dieses befördert haben.

**In regelmäßigen Abständen, mindestens jedoch jährlich, berichtet die Verwaltung dem Stadtrat über sich ergebene Veränderungen aus Bundesgesetzgebungen bzw. örtlichen Gegebenheiten wie der Entwicklung des Wohnungs- und Mietenmarktes oder der Entwicklung von Verbraucherpreisen und der sich daraus ergebenden Veränderungen für die Kosten der Unterkunft in der Stadt Halle (Saale).**

- zu 7.1.1      **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines Konzeptes zu den Kosten der Unterkunft (Vorlagen-Nr.: V/2012/11276)**  
                 **Vorlage: V/2012/11311**

**Abstimmungsergebnis:**            **erledigt,**  
   **da von FDP-Fraktion im Antrag Vorlage: V/2012/11276 übernommen**

### **Beschlussvorschlag:**

Die **Verwaltung legt dem Stadtrat** bis zum Mai 2013 ein Konzept zu den Kosten der Unterkunft vor, das die Urteile des Bundesverfassungsgerichtes und des Bundessozialgerichtes in Bezug auf die Regelsätze und die Heizkosten berücksichtigt.

In dem Konzept untersucht die Stadtverwaltung u.a. die Gründe für das abnehmende Angebot an Wohnungen mit niedrigen Mieten und überprüft dabei insbesondere in wieweit eigene Handlungen, z.B. Regelungen bei der Erstattung der Kosten der Unterkunft, Steigerung der Grundsteuer, Erhöhung der Kosten von Energie und Wasser durch neue Abgaben dieses befördert haben.

**In regelmäßigen Abständen, mindestens jedoch jährlich, berichtet die Verwaltung dem Stadtrat über sich ergebene Veränderungen aus Bundesgesetzgebungen bzw. örtlichen Gegebenheiten wie der Entwicklung des Wohnungs- und Mietenmarktes oder der Entwicklung von Verbraucherpreisen und der sich daraus ergebenden Veränderungen für die Kosten der Unterkunft in der Stadt Halle (Saale).**

**zu 8            Vorstellung der Arbeit EfA, aktuell laufende Maßnahmen und Projekte sowie Information zum ESF-Projekt "Familien stärken - Perspektiven eröffnen" durch Fachbereich Bildung und EfA**

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt **Herrn van Rissenbeck, Betriebsleiter Eigenbetrieb für Arbeit (EfA)**, sowie **Herrn Fritsch, Teamleiter Familienintegrationscoach Eigenbetrieb für Arbeit**.

**Herr van Rissenbeck, Betriebsleiter EfA**, informierte über die Zustimmung zum Wirtschaftsplan des EfA. Dieser wurde im Stadtrat verabschiedet und zur Genehmigung eingereicht und vom Landesverwaltungsamt freigegeben worden. **Herr van Rissenbeck, Betriebsleiter EfA**, erläuterte den Ausschussmitgliedern die vorgelegte Kurzdarstellung des EfA.

Anschließend dankte **Herr Fritsch, Teamleiter Familienintegrationscoach**, dafür, hier im Ausschuss das Projekt vorstellen zu dürfen und berichtete über das ESF-Projekt. Auch hierzu wurde Informationsmaterial ausgereicht. Zuerst habe man mit zwei, nun mit fünf Coaches die Arbeit aufgenommen. Familie und Beruf müssen in Einklang gebracht werden. Standorte sind in Halle-Neustadt beim EfA sowie in der Silberhöhe. Die Mitarbeit der Familien ist freiwillig. Arbeitsintegration muss selbstverständlich einschließen, dass man auch die Aufgaben in der Familie erfüllen kann. Die Familienangelegenheiten müssen bewältigt werden. Es gibt viele Ideen, die man ausprobieren muss, um den Familien zu helfen.

**Herr van Rissenbeck, Betriebsleiter EfA**, ergänzte, dass die für das Projekt gewonnenen Mitarbeiter schon ein hohes Potential an Erfahrungen mitgebracht haben. Ein Fördervertrag wurde geschlossen. Hiermit sollen bis August 2014 255 Bedarfsgemeinschaften angefasst werden, dies sei ein hohes Ziel.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, dankte den Vertretern des Eigenbetriebes für Arbeit für die Darstellungen und ließ nun Fragen zum Bericht zu.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, brachte zum Ausdruck, dass der EfA gegründet wurde, um eine Haushaltskonsolidierung und Entlastung für die Verwaltung zu bringen. Sie sei skeptisch, da hier in die Trägerlandschaft eingegriffen wird.

Dies sei keine Aufgabe der Verwaltung. Sie fragte, warum hier das Projekt nicht an einen freien Träger gegeben wurde.

**Herr Czock, sachkundiger Einwohner CDU-Fraktion**, fragte, ob man auf Seite 7 im Schema nicht die 5 befristeten Stellen zur Eignungsfeststellung nach rechts nehmen sollte. Er fragte nach den Personalratsstellen.

**Frau Dr. Drygalla, sachkundige Einwohnerin Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte nach der Netzwerkarbeit und was man unter Familien verstehen würde, sind in einer BG auch Alleinerziehende?

Für **Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion**, scheinen die Maßnahmen Beschäftigungscharakter zu haben. Gibt es auch Maßnahmen, die eine gewisse Wertschöpfung haben? Wie kommt der EfA an die Familien heran?

**Herr van Rissenbeck, Betriebsleiter EfA**, antwortete auf die Fragen, dass sehr wohl die Maßnahmen alle eine gewisse Wertschöpfung haben und verweist auf die letzte Seite mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen, z. B. im Sport und in der Grünfläche. Dies kann sich auch jeder vor Ort ansehen. Die Stellenverschiebung der 5 Stellen auf Seite 7 kann man überprüfen. Dies sei als Vision gedacht. Der Personalrat sei mit neun Mitarbeitern so groß wie möglich. Auf eine Freistellung wurde von der Vorsitzenden freiwillig verzichtet.

Eine Subsidiarität stellt sich hier laut **Herrn Fritsch, Teamleiter Familienintegrationscoach**, nicht, da hier der Zuwendungsgeber das Land sei. Im Zuwendungsvertrag ist als Verantwortliche die Oberbürgermeisterin genannt. In keinem Kreis ist in Erwägung gezogen worden, dieses Projekt an einen freien Träger zu vergeben. Unter dem Begriff Familie verstehe man Eltern und ihre Kinder, die zusammen wohnen.

**Frau Dr. Drygalla, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion**, fragte, ob dies Patchworkfamilien ausklammere, **Herr Fritsch, Teamleiter Familienintegrationscoach**, verneinte dies. Es wird hier der Haushalt gesehen. Geworben wird hierfür nicht auf dem Marktplatz, ebenso wenig in der Zeitung. Es werden Familien vorgeschlagen vom Jugendamt, vom Jobcenter, von den Familienhelfern, Streetworkern, den freien Trägern usw. Den Familien wird z. B. bei einem Termin im Jugendamt bzw. Jobcenter erläutert, dass es hier um die Vermittlung auf den 1. Arbeitsmarkt gehe. Die Familien werden angehalten, sich dies zu überlegen, ob dies zu schaffen ist. Dann werden sie einige Tage später angerufen.

Zur Gründung des EfA erläuterte **Herr van Rissenbeck, Betriebsleiter EfA**, dass der Betrieb nach seiner Satzung arbeitet. Er sei nie zur Haushaltskonsolidierung gegründet worden. Vor der Gründung des EfA gab es im Sozialamt die Hilfe zur Arbeit, dies ist seinerzeit weggefallen. Die Satzung ist entsprechend der Gesetzgebung angepasst worden, zuletzt 2005. Der EfA führt grundsätzlich keine Maßnahmen durch, die andere Träger machen könnten. Wenn Träger etwas machen können und wollen, dann können sie sich gern melden. Die Träger werden dann mitfinanziert bei entsprechenden Maßnahmen.

**Herr Bonan, SPD-Fraktion**, fragte wer das Coaching durchführt und wo und was die Inhalte sind. **Herr van Rissenbeck, Betriebsleiter EfA**, informierte, dass die einem Träger zugewiesenen Leute, der Bürgerarbeit macht, einen Arbeitsvertrag für 30 Stunden haben und darüber hinaus 10 Stunden für ein Coaching zur Verfügung stellen. Das Coaching ist in Verantwortung des Jobcenters, ist ausgeschrieben worden und an unterschiedliche Träger vergeben worden. Die Inhalte des Coaching sind dem EfA nicht bekannt, dies darf EfA als Arbeitsgeber auch nicht wissen.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, dankte **Herrn van Rissenbeck, Betriebsleiter EfA**, sowie **Herrn Fritsch, Teamleiter Familienintegrationscoach**

**Eigenbetrieb für Arbeit**, für die Informationen und bat darum, zu einem späteren Termin noch einmal über die Ergebnisse des Projektes zu berichten und dies in den Themenspeicher aufzunehmen.

## **zu 9            Tätigkeitsbericht des Seniorenrates 2012 Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen**

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bat die Ausschussmitglieder darum, zu diesem Tagesordnungspunkt **Herrn Dorn, Leiter Seniorenrat**, das Rederecht zu erteilen. Die Ausschussmitglieder gaben ihre Zustimmung.

**Herr Dorn, Leiter Seniorenrat**, informierte zur Entstehungsgeschichte des Seniorenrates und brachte zum Ausdruck, dass ihm das Thema des vergangenen Jahres „Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen“ sehr am Herzen liegt. Er bedanke sich beim Geschäftsbereich IV und Herrn Kogge persönlich für die gewährte Unterstützung. Die Seniorenvertretung besteht seit 15 Jahren und diese Institution hat sich auch im Laufe der Jahre bewährt. Die wichtigen Themen im Wohnen, Gesundheit, Sicherheit usw. werden vom Seniorenrat sehr ernst genommen. Der Seniorenrat tauscht sich auch über die Stadtgrenzen hinaus mit anderen Vertretungen aus, z. B. wurde zur der Nachbarstadt Leipzig ein gutes Verhältnis aufgebaut. Er sprach das große Problem an, dass zwar die Räumlichkeiten von der HWG mietfrei gesponsert werden, aber bei den Betriebskosten ist der Seniorenrat auf eine gewisse Förderung angewiesen. Diese Förderung steht in diesem Jahr jedoch noch aus. Dieses Geld wurde anderweitig geborgt, da die Aussage kam, dass die Förderung kommt. Im März weiß der Verein nicht, wie es weitergehen soll. Er bat die Mitglieder des Ausschusses, sich die Räumlichkeiten des Seniorenrates anzusehen, diese stehen auch anderen Vereinen zur Verfügung.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, fragte, ob es zu diesem Bericht Nachfragen gibt.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, fragte die Verwaltung, wann der Seniorenrat sein Geld erhält. Er verstand die Aussage von Herrn Dorn als Hilferuf, dass der Verein nicht weiß, wie es weitergeht ab März. **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, wand ein, dass die Verwaltung im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung erhebliche Schwierigkeiten hat und zurzeit keine Aussage möglich sei. Es ist zurzeit nicht einfach.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bat darum, dies als Votum der Ausschussmitglieder aufzufassen, dass hier dringend Hilfe notwendig sei. Sie wünschte **Herrn Dorn, Leiter Seniorenrat**, alles Gute für die weitere Tätigkeit.

## **zu 10            schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

## **zu 11            Mitteilungen** **zu 11.1        Themenspeicher**

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bat darum, im März einen Vorabbeschluss zu Fördermitteln in den Themenspeicher aufzunehmen.

**Herr Müller, CDU-Fraktion**, bat darum, im islamischen Kulturverein in Halle-Neustadt zu tagen, z. B. wenn sich der Ausländerbeirat vorstellt. **Herr Kogge, Beigeordneter für**

**Bildung und Soziales**, sagte, dass eine religiöse Einrichtung nicht im Rahmen des Ausschusses besucht werden kann, hierzu wird es keine Unterschrift zur Einladung geben.

**Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion**, bat darum, dass **Herr Dr. Fischer, Behindertenbeauftragter**, erst im April zum Persönlichen Budget berichten sollte. **Frau Winter, Abteilungsleiterin Persönliche Hilfen Fachbereich Soziales**, informierte, dass dies nicht Aufgabe von **Herrn Dr. Fischer, Behindertenbeauftragter**, sei, sondern eine Leistung des Fachbereiches Soziales sei und von diesem auch vorgetragen wird. Das Thema wird auf die April-Sitzung verschoben.

## zu 12 Beantwortung von mündlichen Anfragen

**Herr Kogge, Beigeordneter Bildung und Soziales**, teilte mit, dass vor der Sitzung von der **Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, mitgeteilt wurde, dass folgende mündliche Anfragen gestellt werden:

1. Sind die Beratungsräume der Ausschusssitzungen so ausgestattet, dass jedes Mitglied des Ausschusses auch mit körperlichen Behinderungen, bspw. Höreinschränkungen, an den Sitzungen uneingeschränkt partizipieren kann?
2. Inwieweit kann spezielle Technik zur Verfügung gestellt werden und wie viel Zeit benötigt die Verwaltung für die Bereitstellung?

**Herrn Kogge, Beigeordneter Bildung und Soziales**, liegen zwischenzeitlich zwei Antworten aus der Verwaltung dazu vor. Herr Paulsen hat dazu geantwortet, dass sich die Verwaltung selbstverständlich Mühe geben wird, dies entsprechend vorzubereiten. Es soll nicht am Geld scheitern, da hier ein Anspruch besteht, eine Sitzung verfolgen zu können. Die technischen Voraussetzungen werden geschaffen. Der barrierefreie Zugang zu den Räumen im Stadthaus ist gewährleistet.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, sprach den Fall an, dass Frau Dr. Härtling zurückgetreten sei, da ihr das uneingeschränkte partizipieren in Sitzung nicht ermöglicht werden kann. Die Verwaltung ist verpflichtet, die Ausstattung vorzunehmen.

**Herr Müller, CDU-Fraktion**, bezog sich auf Anschuldigungen in einem Zeitungsartikel zu Fall von Frau Dr. Härtling und fragte, ob man nicht erst einmal den Kontakt hätte suchen können, um eine Lösung zu finden. Nicht nur die Stadt kann hier verantwortlich sein, auch kann jemand mit Einschränkungen selbst etwas tun, um seine Einschränkungen zu kompensieren.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, würde es leid tun, wenn dies für Frau Dr. Härtling der Grund gewesen wäre für ihren Rücktritt. Er bat **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, dies hier klarzustellen, denn es ging weder um Technik, Aufzeichnungstechnik oder Übertragungstechnik, sondern es wurde speziell Herr Kogge in Person angesprochen, so als ob er Frau Dr. Härtling in die Richtung des Rücktritts gedrängt hat. Dies wurde so im Leserbrief von Frau Dr. Brock formuliert. Dies war der Grundtenor.

**Herrn Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, war der Leserbrief nicht bekannt, er konnte dazu nichts sagen. Frau Dr. Härtling wurde von niemandem zu einem Rücktritt bewegt.

**Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion**, wurde von Bürgern/Senioren von Halle-Neustadt zum Betreuungsschlüssel niedergelassener Ärzte (Hausärzte) gefragt. **Frau Dr. Gröger, Fachbereichsleiterin Gesundheit**, wird um schriftliche Mitteilung gebeten. **Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion**, ergänzte, dass es in

Halle wie in allen Ballungszentren eine Überversorgung mit Hausärzten gibt. Halle ist ein gesperrter Bezirk für Hausärzte wie auch für fast alle Facharztbereiche.

**Herr Bonan, SPD-Fraktion**, fragte nach der Nutriapopulation – auch schon vor einem Jahr -, hier gab es eine Zeitungsschlagzeile, dass die Nutrias in Halle wieder überhand nehmen und ein Fütterungsverbot strenger kontrolliert werde. **Frau Dr. Schwarzer, Abteilungsleiterin Abteilung Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung Fachbereich Gesundheit**, ist die Schlagzeile nicht geläufig. Nutrias dürfen gejagt werden, zuständig ist die untere Jagdbehörde. Eine Bejagung ist in der Stadt immer etwas schwierig. Das Veterinäramt ist hier nicht der richtige Ansprechpartner.

### zu 13      **Anregungen**

**Herr Müller, CDU-Fraktion**, regte an, die Vorgehensweise zur Beschlussfassung durch die sachkundigen Einwohner zu klären. Hier gibt es Unsicherheiten. Er regte an, die sachkundigen Einwohner darauf hinzuweisen, dass die Fragestellung durch die Ausschussvorsitzende so erfolgen wird, dass die sachkundigen Einwohner eine Beschlussempfehlung geben möchten. Wenn das der Fall ist, dann wird dem sachkundigen Einwohner das Wort erteilt, damit er sagen kann, dass ein Beschluss zu bejahen ist oder zu verneinen. Dies sollte den sachkundigen Einwohnern explizit noch einmal gesagt werden. **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, hat das Thema schon oft und an verschiedenen Stellen erörtert und möchte dieses nicht in die Länge ziehen. Sie nahm die Anregung auf.

Es gab keine weiteren Anregungen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 02.04.13

---

Tobias Kogge  
Beigeordneter für Bildung und Soziales

---

Ute Haupt  
Ausschussvorsitzende

---

Martina Kerner  
Protokollführerin